

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2008



Herausgeber, V.i.S.d.P
Henner Schmidt MdA
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Claudia
Bandow, Anno Blissen-
bach, Kurt M. Lehner,
Markus Löning, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Frauke Sander, Henner
Schmidt, Stefan Scholz

Autoren dieser Ausgabe

Silke Adam, Jörg Kleis,
Theodor Kruse, Joseph
Laudien, Rainer-Michael
Lehmann

Leserbriefe

Claudia Bandow

FDP in Mitte im Internet

fdp-berlin-mitte.de
fdp-fraktion-mitte.de
liberal-central.de
fdp-gendarmenmarkt.de
fdp-ot.de
fdp-tiergarten.de
fdp-wedding.de
fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder,
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe dezember 2008
www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

vor uns liegt die Ruhe und Besinnung des Weihnachtsfestes, und nach dieser können wir uns auf ein spannendes, arbeitsreiches aber auch Erfolg versprechendes „Superwahljahr“ 2009 freuen.

Dabei ist davon auszugehen, dass die gegenwärtige Finanzmarkt-
krise und die daraus entwickelnde globale Rezession Wetter und
Winde im kommenden Jahr wesentlich mit prägen werden. Das
ist kein gutes Omen für die Regierungsparteien. Die von Teilen
unserer politischen Konkurrenz gewünschte Antwort, nämlich
auf Grund jener Krise den Anspruch einer klugen und nachhaltigen,
an dem Marktprinzip und ordnungspolitischer Klarheit ori-
entierten Wirtschafts- und Finanzpolitik zu Gunsten von Staats-
wirtschaft und verantwortungslosem Keynesianismus aufzugeben,
die ist gegenüber weiten Teilen des Publikums recht einfach als
Dummheit und Demagogie zu entlarven. Entscheidend für den
Erfolg der FDP wird dabei allerdings sein, ob wir selbst es schaf-
fen, der Versuchung populistischer Schnellschüsse zu widerstehen
und das zutreffende Bild unserer Partei zu vermitteln, welche
konsequent und jenseits von tagespolitischem Opportunismus für
gute Urteilskraft und richtige Politik steht.

Eine Botschaft übrigens, mit welcher Barack Obama zuletzt in
den USA zu Recht viel Erfolg hatte. Wenngleich man das politi-
sche Handeln seiner Administration erst nach deren Amtüber-
nahme am 20. Januar wird beurteilen können, so ist der zu beo-
achtende Wandel zu einem intellektuell aufrichtigeren Diskurs
dort bereits eine herzliche Erfrischung. Spezifische Kompetenz
als wesentliches Auswahlkriterium für Regierungsmitglieder, meh-
rere korrupte Kongressabgeordnete unabhängig von ihrer Partei-
zugehörigkeit abgewählt, und Vorsitzende wesentlicher Kon-
gressausschüsse, die das Bild einer basarartigen Politik jahrzehnte-
lang wesentlich geprägt haben, aus dem Amt gedrängt: Merry
Christmas, Mr. President-Elect.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Freiheit garantiert keine Tugend, aber sie ist die
unabdingbare Vorraussetzung aller Tugend. Nur
wer in einer offenen Situation eine Entscheidung
treffen kann, vermag überhaupt Verantwortung
zu zeigen und sich als tugendhaft zu erweisen.

Wolfgang Sofsky

Lagebericht des Vorsitzenden

Blick auf die politischen Ereignisse 2009

von *Henner Schmidt*

Liebe Leserinnen und Leser, nun beginnt wieder die Weihnachtszeit. Das ablaufende Jahr war spannend und historisch in vielerlei Hinsicht. Lassen Sie uns hier einen Blick auf die politischen Ereignisse 2009 richten:



Anfang nächsten Jahres werden wir viele wichtige Parteiversammlungen haben, auf denen wir wesentliche Entscheidungen treffen. Ich bitte Sie sehr, möglichst daran teilzunehmen.

Am 17. Januar wählt die FDP ihre bundesweite Liste für die Europawahl. Im Januar finden auch die Jahreshauptversammlungen der Ortsverbände statt. Dort werden Ortsverbandsvorstände und Delegierte für die Landes- und Bezirksebene gewählt. Nehmen Sie daran teil und überlegen Sie, ob Sie nicht selbst kandidieren wollen. Auf der Jahreshauptversammlung üben Sie Ihre Rechte als Mitglied aus und können direkt mitbestimmen. Mit der Wahl der Delegierten legen Sie selbst fest, welche Richtung die Partei einschlagen wird. Fragen Sie deshalb auch einmal diejenigen, die Delegierte werden wollen, nach ihren politischen Positionen. Das sollten Sie sich nicht entgehen lassen. Aus dem gleichen Grund sollten Sie unbedingt am 14. Februar dabei sein. Dann wählen die Mitglieder aus Mitte direkt den Wahlkreiskandidaten der FDP für die Bundestagswahl und bestimmen die Delegierten, die die Bundestagsliste für Berlin aufstellen. Da es bereits jetzt schon viele Kandidaten für den Bundestag gibt, können Sie selbst am 14. Februar mitentscheiden, wer Berlin für die FDP im Bundestag vertreten soll. Diese Chance haben Sie nur alle vier Jahre. Die Ereignisse in der Berliner CDU haben in diesem Jahr klar vor Augen geführt, wie sich die Verhältnisse ändern können, wenn die Mitglieder sich einmischen und ihre Rechte wahrnehmen. Die FDP bietet Ihnen dazu viele Chancen.

Anfang März wird wieder für zwei Jahre der Bezirksvorstand gewählt. Für das Vertrauen der letzten beiden Jahre und die große Unterstützung danken ich Ihnen im Namen aller Bezirksvorstandsmitglieder jetzt schon sehr herzlich. Neu ist: Das Wahlgremium, der Bezirksaus-

schuss, wurde vergrößert: Statt 21 Delegierten wählen jetzt 31 Delegierte den Vorstand. Das bedeutet, dass sich mehr Parteimitglieder in dem wichtigen Gremium Bezirksauschuss engagieren können. Auch das ist gut für die innerparteiliche Demokratie.

Wenn alle Positionen besetzt sind, geht es um große Politik: die Europawahl wird ein wichtiger Auftakt für die Durchsetzung von mehr liberaler Politik und wird Schwung für die Bundestagswahl geben. Diese trifft 2009 eine wichtige Richtungsentscheidung. Es geht um die Bekämpfung der schlimmsten Wirtschaftskrise seit fast 100 Jahren und um die Neuausrichtung der Steuer- und Sozialsysteme in unserem Land. Wir als Liberale wollen die Probleme mit marktwirtschaftlichen und freiheitlichen Maßnahmen energisch bekämpfen, damit es unserem Land wieder besser geht. Wir wollen verhindern, dass die Krise benutzt wird, um wichtige Fortschritte bei Wettbewerb und fairer Lastenverteilung zurückzudrehen. Wir wollen darauf dringen, dass mehr Menschen ihr Leben selbst gestalten können anstatt zu akzeptieren, dass immer mehr Menschen bevormundet und von staatlichen Verteilungssystemen abhängig werden.

Rot-rot-grün auf Bundesebene ist schon 2009 keine Drohkulisse aus der Geisterbahn sondern eine reale Möglichkeit. Schwarz-rot ist aber auch keine Option: Die Regierung verschnarcht die Krise statt energisch zu handeln und bringt damit das Land in Gefahr. Gleichzeitig hat sie keine Hemmungen, im (berechtigten) Kampf gegen den Terrorismus wesentliche Freiheitsrechte aller Bürgerinnen und Bürger abzuschaffen. Bei beiden Themen werden liberale Akteure dringend gebraucht.

Wir werden nächstes Jahr sehr viel zu tun haben. In den Wahlen wird die Richtung unseres Landes an einem Wendepunkt der Geschichte entschieden. Die Chance für mehr liberale Politik ist höher denn je. Wir müssen uns aber auf monatelangen Dauerwahlkampf vorbereiten. Wir brauchen dazu Ihre Unterstützung – durch Ansprache von Bekannten, durch Hilfe im Wahlkampf und auch durch Spenden. Genießen Sie die erholsamen Feiertage mit Ihrer Familie. Und kommen Sie nächstes Jahr vorbei und machen mit – bei den innerparteilichen Wahlen und beim Wahlkampf. Es geht um viel. Wir packen das. Aber ohne Sie geht es nicht.

Henner Schmidt (OV Friedrichstadt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Kommentar aus Mitte

Kritik am geplanten BKA-Gesetz

von Jörg Kleis

Seit einiger Zeit gibt es weiße T-Shirts mit dem Konterfei Wolfgang Schäubles und dem Aufdruck „is watching you“. Das bringt einen nicht nur zum Schmunzeln, sondern in Anbetracht der BKA-Gesetzesnovelle auch zum Nachdenken. Sie soll die Rechte des BKA ausweiten, um speziell zur Terrorabwehr besser ermitteln zu können. Danach kann das BKA mit Hilfe von Rasterfahndung, Wohnung- und Telefonüberwachung oder Online-Durchsuchung künftig auch bei bevorstehenden terroristischen Akten eingreifen. Die FDP hat im Bundestag zurecht gegen das Gesetz gestimmt.

Erstens drohen Zuständigkeitsprobleme. Denn was das BKA dem Entwurf zufolge darf, dürfen die Länderpolizeien schon lange. Es wird aber verkannt, dass das BKA keine Polizei ist. Dadurch, dass der bewehrte Grundsatz der Trennung von Polizei und Geheimdiensten ausgehebelt wird, entsteht eine Mischform. Konsequenz könnten Doppelermittlungen sein. Aber auch, dass der eine meint, der andere mache schon. Wenn Schäuble argumentiert, das BKA drohe kein deutsches FBI zu werden, so hat er jedenfalls in einem Recht: In den Vereinigten Staaten ist die Abgrenzung zwischen state police und FBI trennschärfer.

Zweitens findet eine Ausdünnung von Zeugnisverweigerungsrechten statt. Diese sollen Ärzten, Journalisten und Rechtsanwälten nicht mehr zustehen. Jedoch werden dadurch investigativ tätige Journalisten eingeschüchtert und gerade Anwälte sind als Organe der Rechtspflege auf den Kontakt mit Mandanten in einer staatsfreien Sphäre angewiesen.

Drittens wird der Richtervorbehalt bei der Online-Durchsuchung ausgehöhlt. Lediglich zum Richteramt befähigte BKA-Beamte und ein Datenschutzbeauftragter des BKA sollen entscheiden dürfen, ob ein Eingriff in die Privatsphäre vorliegt. Die Kontrolleure kontrollieren sich selbst – ein absurdes Unterfangen! Ferner soll in eiligen Fällen der Präsident des BKA allein entscheiden dürfen, ob ein Rechner ausgespäht

wird. Die richterliche Zustimmung muss erst innerhalb von drei Tagen nachträglich eingeholt werden. Selbst wenn die so gewonnenen Daten vor Gericht nicht verwendet werden dürfen, ist die Verletzung der Privatsphäre damit längst eingetreten. Der Einwand, der Richtervorbehalt sei hinderlich, da der Täter ja unerwartet online gehe und nur ein schmales Zeitfenster zur Verfügung stünde, ist im Handyzeitalter kaum haltbar. Die Justiz in der Bundesrepublik muss sich so organisieren lassen, dass ein unabhängiger Richter stets erreichbar ist.



Dass wegen der Widerstände in der SPD nun der Vermittlungsausschuss des Bundesrates bemüht wird, kann man als glückliche Fügung bezeichnen. In dem Vorgang zeigt sich im Übrigen ein echtes Problem der Genossen. In der inneren Sicherheit ist die SPD seit Otto Schily eine gesplante Partei. Diejenigen, denen die Gangart zu hart war, rieben sich an ihrem Minister. Heute geschieht das leiser. Nur ohne dass der Streit offen ausgetragen wird, führt das dazu, dass die SPD als Opposition gegen sich selbst erscheint.

Das Gesetz soll eine weitere tragende Säule in der Sicherheitsarchitektur Schäubles darstellen. Sein Vorstoß zur Änderung der Abstimmungsmodalitäten im Bundesrat hingegen ist mehr als fragwürdig. Es ist sowieso untauglich, die Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Bundesrat entscheiden zu lassen. Denn im Zweifel würden sich Länderregierungen in ihren Koalitionsverträgen darauf verständigen, dass Uneinigkeit dann eben keine Enthaltung, sondern ein klares Nein zur Folge hätte. Das Ergebnis bliebe also dasselbe. Dass Enthaltungen der Länder wie Nein-Stimmen zählen, ist zudem guter Brauch im föderalen System. Neue Spielregeln für schlechte Verlierer gibt es nicht!

Richtschnur ist die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes: Je stärker der Kernbereich der privaten Lebensführung berührt wird, desto schutzbedürftiger ist er. Wünschenswert bleibt, dass der Gesetzentwurf grundlegend überarbeitet wird. Dabei sollte die Maxime „ohne Freiheit keine Sicherheit“ lauten und nicht etwa umgekehrt.

Jörg Kleis (OV Gendarmenmarkt)

Gastkommentar

Gut ist, was funktioniert! Welche Banken braucht Deutschland?

von Theodor Kruse

Der freie Wettbewerb um Kunden und Märkte ist die Triebfeder der Finanzwirtschaft. Der Wettstreit soll über die Qualität und den Preis ausgetragen werden, ohne Einflussnahme durch Dritte, die diesen Wettbewerb verhindern oder verzerren. Soweit so gut, gäbe es dabei nicht ein Phänomen: die menschliche Phantasie bei der Erschaffung und Nutzung von Ausnahmen, Lücken und jedweder Möglichkeiten, die Dinge ein wenig mehr zu seinem persönlichen Nutzen zu verändern. Die Ziehväter unserer Marktwirtschaft haben das auch erkannt und dem so etwas wie eine „Verantwortlichkeit wirtschaftlichen Handelns“ oder schlicht ein gewisses Maß an „Ethik“ entgegenstellt.

Daneben gibt es die bekannten Instanzen des Staates, die über die Einhaltung der Regeln in den Finanzmärkten wachen. Wir müssen heute feststellen, dass beide Ordnungssysteme nicht funktioniert haben.

Eine Unterscheidung nach guten und schlechten Banken verbietet sich angesichts des Umfangs des Debakels. Alle haben versagt, die privaten genauso wie die öffentlichen. Es war lange Zeit üblich, im Sparkassensektor den Staatseinfluss zu beklagen. Die Kritik gipfelte in der Forderung nach einer Marktberreinigung durch Privatisierung. Die Sparkassen sollten neue Eigentümer aus dem Lager der Privatbanken bekommen, die diese Institute dann mit erheblich besseren Kapitalrenditen führen könnten.

Bei näherem Hingucken war jedoch klar, dass die Sparkassen ihren Führungsnachwuchs nicht schlechter ausbildeten als andere Banken, ihre Produkte ähnlich leistungsfähig waren und die Kunden die Verbundenheit „ihrer“ Sparkasse zur Region sehr wohl zu schätzen wussten. Leider saßen in den Verwaltungsräten keine Fachleute, sondern lokale Politikgrößen. Dieser Tatbestand und die Gewährträgerhaftung ihrer Eigentümer haben die öffentlichen Banken zum

beliebten Ziel einer Privatisierungseuphorie gemacht, die aber dem Vorteil einer Sparkasse in Form von speziellen Markt- und Kundenkenntnissen und einer Ergebnissteuerung ohne alleinige Ausrichtung auf den shareholder - value keine Rechnung trugen.

Die Existenz der sogenannten „Spitzeninstitute“ der öffentlichen Finanzwelt, der Landesbanken, war dagegen unserem föderalen Staatsaufbau geschuldet, nicht aber einer finanzwirtschaftlichen Notwendigkeit. In den Landesbanken wurden im Wesentlichen Leistungen erbracht, die von den anderen Marktteilnehmern auch hätten erbracht werden können und deshalb keine eine sinnvolle Ergänzung des Marktangebotes darstellten.

Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass es für Landesbanken in Deutschland in der Tat nur sehr begrenzt sinnvolle Aufgaben gibt. Wer entscheidet, was sinnvoll oder überflüssig ist? Meine Antwort: derjenige, der die Leistung in Anspruch nimmt.

Nehmen wir ein Beispiel: ein Handwerksbetrieb muss in eine neue Maschine investieren. Den Inhaber interessiert nicht die

ordnungspolitische Diskussion, sondern allein, wer ihm in der jetzigen Marktsituation das Geld zur Verfügung stellt. Wir sollten akzeptieren, dass unser Klientel in manchen Fragen Präferenzen verfolgt, die im Wesentlichen den praktischen Nutzen zum Maßstab haben.

Menschen und Unternehmen brauchen eine funktionierende Finanzindustrie. Wir tun gut daran, an der Gestaltung der Rahmenbedingungen mit zu wirken. Wir tun aber auch gut daran, aus der Gegenwart zu lernen und zu erkennen, dass die deutsche mittelständische Wirtschaft sich im Moment gerade auf die öffentlichen Sparkassen verlassen kann.

Deutschland hat gute Erfahrungen damit gemacht, dass es ein dreigliedriges Bankensystem mit Privatbanken, Sparkassen und Volksbanken gibt, alle nebeneinander und im Wettbewerb. Das Sonderthema der Landesbanken sollte uns nicht dazu verführen, das Kind mit dem Bade aus zu schütten.

Denn: gut ist bekanntlich nur, was funktioniert.



Theodor Kruse ist Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes Berlin e.V.

Zum Thema

Hauptschule adé?

von *Joseph Laudien*

Die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen und damit die Verwirklichung des schwarzen Hamburger Modells in Berlin sorgen derzeit für Diskussionsstoff. Direkte Konsequenz des Zöllner-Plans wird erst einmal eine neue Schulstrukturdebatte sein, die schon zu oft ohne Ergebnis geführt wurde.



Zudem lenkt der Senat so von den wirklichen Problemen an Berliner Schulen ab. Die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsschule suggeriert, dass mit der Abschaffung von Hauptschulen auch das Problem der „Hauptschüler“ gelöst wäre. Dabei ist wiederholt in Studien festgestellt worden, dass die Probleme an Schulen nicht in der Struktur begründet liegen, sondern in der Art wie Unterricht und Betreuungsangebote finanziert und organisiert sind.

Umso wichtiger, dass wir uns im letzten Bezirksausschuss zu unserem Konzept der Bürgerschule bekannt haben. Wir sagen ja zu festen Bildungsstandards. Wir sagen aber auch, dass über den Weg dorthin jede Schule selbst entscheiden sollte. Vor Ort in den Bezirken kann häufig Eltern- und Schülerorientierter über ein Schulprofil entschieden werden als im SenBWF. Die Eigenverantwortlichkeit von Schulen ist ein liberales Kernthema und mithin auch ein Alleinstellungsmerkmal, welches wir nicht durch eine neuerliche innerparteiliche Schulstrukturdebatte überdecken sollten.

Zuletzt: Ein differenziertes Schulsystem macht nur dann Sinn, wenn Eltern die Wahlmöglichkeiten zwischen verschiedenen Schulen haben. Dies setzt Schuleinzugsgebiete voraus, die mehrere Schulen umfassen. Dies war bisher auch Praxis bei uns in Mitte. Seit diesem Schuljahr wurde die Regelung durch ein Gerichtsurteil aufgehoben. Nun besteht nur noch eine Schule pro Einzugsgebiet. Es gibt de facto keine Wahlmöglichkeit, es sei denn man hat das Geld für eine Privatschule. Im nächsten Jahr muss unsere bildungspolitische Priorität deshalb vor allem dahin zielen, die alte Praxis und damit die Wahlmöglichkeiten für Eltern wieder herzustellen.

Joseph Laudien (OV Wilhelmstadt) ist Bürgerdeputierter in Mitte

Zum Thema

Wider die Kälte

von *Frauke Sander*

In Berlin leben Tausende Wohnungslose in Berlin jedes Jahr im Winter unter Erfrierungsgefahr – der Kältebus hilft. Von November bis April öffnet die Stadtmission in der Lehrter Straße täglich ab 21:00 Uhr ihre Pforten, um Obdachlosen eine warme Unterkunft samt Verpflegung zu geben. Das Haus hat ca. 100 Betten und einen großen Aufenthaltsraum samt Küche. Dort können die Menschen verweilen und eine warme Mahlzeit bekommen. Täglich nehmen mehr als 100 Leute pro Nacht dankbar diese Hilfe entgegen. Wer nicht ins Haus kommt, zu dem kommt der Kältebus. Bepackt mit Schlafsäcken und Tee geht es in die Nacht. Das Team sucht in Parkanlagen oder U-Bahnhöfen nach hilfsbedürftigen Menschen.



Günther treffen wir gegen 23:00 Uhr in der Sparkasse am Adenauerplatz, dort hat er sich ein warmes Plätzchen gesucht. Unser Angebot nach einem Hagebuttentea nimmt er dankend an. Der Geschmack erinnert ihn an seine Kindheit. Er erzählt uns, dass er letzte Woche seinen 72. Geburtstag hatte. Niemand hat gratuliert. Günther ist nicht warm angezogen, trotzdem will er wärmere Kleidungsstücke von der Stadtmission nicht annehmen. Über den überreichten Schlafsack freut er sich umso mehr, diesen werde er „hüten wie einen Luchs“.

Günther ist nur einer von vielen, die wir an diesem Abend antreffen. Allesamt Menschen voller Dankbarkeit für doch eigentlich so wenig Hilfe. Man rätselt, warum trotz unseres sozialen Sicherungssystems es offensichtlich so viele Menschen gibt, die einfach durchs Netz fallen. Hautnah wird klar: Gute Sozialpolitik bemisst sich nicht an der Menge Geld, die umverteilt wird. Gute Sozialpolitik gibt nicht allen ein wenig. Wir Liberale wissen, gute Sozialpolitik kümmert sich um die wirklich Bedürftigen und versorgt diese in ausreichendem Maße.

Die Notübernachtung der Stadtmission braucht dringend eine neue Spülmaschine. Der FDP OT hilft, helfen auch Sie mit: Berliner Stadtmission Spendenkonto 315550, BLZ 10020500 Bank für Sozialwirtschaft

Frauke Sander, Vorsitzende des OV Oranienburger Tor und verordnete in der BVV Mitte

Aus dem Abgeordnetenhaus

Pflegestützpunkte

von *Rainer-Michael Lehmann*

Das am 1. Juli in Kraft getretene Pflege-Erweiterungsgesetz sieht die Einrichtung von Pflegestützpunkten vor, wenn das jeweilige Bundesland dies beschließt. Die FDP-Bundestagsfraktion hat mit guten Gründen gegen die so genannte Pflege-Reform gestimmt, in der vieles falsch und vieles gar nicht geregelt worden ist. Hier verweise ich nur auf die fahrlässige Ignoranz gegenüber der Notwendigkeit, die Finanzierung der Pflegeversicherung auf eine neue Basis zu stellen.



Es existieren bereits viele solcher Pflegestützpunkte. Auch in Berlin, wo es die 13 Koordinierungsstellen „Rund ums Alter“ gibt. An diesen Stellen werden Pflegebedürftige und ihre Angehörigen unabhängig von Kosten- und Leistungsträgern beraten. Grundlage der dortigen Beratung ist stets der Primat der ambulanten Pflege, um die häusliche Versorgung sicherzustellen.

Die FDP-Fraktion stimmt der zügigen und nachhaltigen Einrichtung der Pflegestützpunkte zu. Es müssen allerdings bei der Umsetzung eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein: Die Unabhängigkeit der Beratung muss gewahrt bleiben. Es dürfen weder Beratung und Leistungserbringung noch Beratung und die Entscheidung über Pflegeleistungen in einer Hand liegen. Der Leistungsanbieter würde versuchen, in der Beratung vorrangig seine eigenen Leistungen zu empfehlen. Beim Kostenträger bestünde die Gefahr, dass er Leistungen empfiehlt, die unterhalb des tatsächlichen Pflegebedarfs liegen. Das Modell, in dem Pflegeberater der Kassen in den Pflegestützpunkten eingesetzt werden sollen, lehnen wir ab. Das würde entschieden gegen das Gebot der unabhängigen Beratung verstoßen. Es ist auch von enormer Wichtigkeit, dass wir Angebote schaffen für mehr oder weniger kleine Zielgruppen. Weiterhin ist sehr wichtig, dass ehrenamtliches Engagement in die Arbeit der Pflegestützpunkte mit einbezogen wird. Bürgerschaftliches Engagement darf durch die neuen Pflegestützpunkte nicht zurückgedrängt werden, sondern muss auch in diesem Bereich weiter gefördert werden. Pflegestützpunkte ja, aber bitte in freier Trägerschaft und möglichst unabhängig.

Rainer-Michael Lehmann MdB (BV Nordost) ist stellv. Vorsitzender der FDP-Fraktion im AGH

Aus der Landespartei

Wirtschaftsexpress

von *Katja v. Maur*

Ein turbulentes Jahr neigt sich dem Ende, ein politisch höchst spannendes Jahr liegt vor uns. Das gibt uns als Berliner FDP und als Hauptstadtliberalen die Chance, unsere Kräfte und Energien zu bündeln und gemeinsam wieder auf politische Ziele zu konzentrieren.



Ein Rückblick: Die Bildungskampagne brummt, wichtige Satzungsänderungen fanden breite Zustimmung und sind beschlossen – endlich bekommen beispielsweise die BAs eine demokratischere Anzahl von Delegierten, Mitgliedsaufnahmen gehen schneller -, der Haushaltsplan ist unter Dach und Fach, Europawahl und Bundestagswahl stehen vor der Tür, die Finanzen sind gesichert und eine Erfolg versprechende Europakandidatin wurde gekürt.

Der Ausblick: Die Räder stehen trotz der besinnlichen Jahreszeit (und liebevoll von Heidi Nossack bereitetem Adventsambiente) nicht still. Im Gegenteil: Der ICE Landesverband gewinnt weiter an Fahrt und widmet sich programmatisch der existentiellen Frage des Wirtschaftsstandorts Berlin und der Mittelstandspolitik. Welche konkreten politischen Ziele gilt es zu erreichen, um für die Menschen Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen? Wie sehen die erforderlichen Rahmenbedingungen aus, damit in unserer Stadt nachhaltig investiert wird und Unternehmen, deren Vorstände und Mitarbeiter lieber in Berlin bleiben oder nach Berlin kommen wollen, statt in München, Hamburg, Köln oder Hoffenheim zu bleiben oder dorthin (zurück) zu gehen? 10 Konkrete Forderungen soll der Leitantrag zum Landesparteitag am 27. März 2009 enthalten. Ende Januar wird der Entwurf fertig sein. (Wer mitmachen und sich beteiligen will, wendet sich über seinen Fachausschuss, aber auch über seinen OV oder BV per Mail an Roland Zielke oder mich.)

Außerdem werden Landesvorstand und AGH Fraktion gemeinsam an einem Grundsatzpapier für Haus und Wohnungseigentümer arbeiten, das deren spezielle Nöte und Hoffnungen (z.B. Straßenausbaubeitragsgesetz, Grund- und Grunderwerbsteuer, Abfall und Abwassergebühren) ins Visier nimmt.

Katja v. Maur (OV Tiergarten) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Schwerpunkte der Jugendförderung setzen

Peter Pawlowski für die BVV-Fraktion

Kapitel II des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) formuliert in §§ 11 bis 15 Ziele der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit. Gleichzeitig legt es Kriterien fest, nach denen Fördermaßnahmen durchgeführt werden können oder müssen. Ausgehend von dem Grundsatz der Subsidiarität, wonach der Staat den privaten Organisationen einen Vorrang bei der Erbringung von Wohlfahrtsleistungen gegenüber staatlichen Interventionen einräumt, werden Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit von den sog. freien Trägern organisiert und durchgeführt. Der Name „freier Träger“ kann für die Nichteingeweihten irreführend sein. Er bezeichnet eine private Organisation oder Institution, die bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat, suggeriert aber mitunter, dass diese privat-wirtschaftlich finanziert werden. Dies ist eindeutig nicht der Fall. Der Staat erkennt nämlich nicht nur die Selbstverwaltung der freien Träger an, sondern garantiert ihnen auch finanzielle Unterstützung. Demnach beträgt der staatliche Anteil an der Finanzierung z.B. im Bildungsbereich 75,4%, im Gesundheitsbereich sind es über 93%. Da es sich um staatliche Mittel handelt, hat der Staat bei deren Vergabe ein gewisses Mitspracherecht. So ist es auch im Fall der Jugendförderung. Hier wird nicht ein nicht unwesentlicher Teil der Gelder, die den freien Trägern zur Verfügung gestellt werden, von dem Jugendhilfeausschuss, bzw. der BVV beschlossen. Bezogen auf Berlin-Mitte, hat die BVV in Vergangenheit Fördermittel in Höhe von mehreren Millionen Euro bewilligt, die über das gesamte Bezirksgebiet verteilt wurden. Förderungsvorschläge wurden vorab von dem Bezirksamt erarbeitet und dem JHA zur Diskussion vorgelegt. Grundsätzlich ist man dabei von dem Grundsatz einer flächendeckenden Versorgung ausgegangen. Das will die FDP nun ändern! In der letzten BVV-Sitzung wurde auf unsere Initiative einstimmig ein Antrag beschlossen, der sowohl das Bezirksamt als auch die BVV verpflichtet, die Förderungskriterien zu revidieren. Das Ziel ist weg vom Gießkannenprinzip zugunsten der Förderung jener Jugendliche, die unsere Hilfe am meisten benötigen. Diese wohnen nach unserer Einschätzung vor allem in Moabit und Wedding. Aufhänger für unseren Antrag war die ausgehende Finanzierung des Projektes „Hutten-Kids Co.“ in Moabit.

BA diskutiert zur Sache

Kurt M. Lehner vom Bezirksausschuss

Nach Berichten aus Bezirksvorstand und Abgeordnetenhaus, BVV und Landesvorstand widmete sich der Bezirksausschuss auf seiner letzten Sitzung im Jahr 2008 vor allem der Antragsberatung. Der BA machte sich mehrheitlich die wiederholte vertagte Entschließung gegen eine Gestaltungssatzung für Berlins historische Mitte zu eigen, bekannte sich aber ausdrücklich zur Wiederherstellung historischer Gebäude und alter Bausubstanz. Dagegen wollte er einer Aufforderung an die Polizei, Fahrradfahrer noch stärker als bisher zu kontrollieren und womöglich Nummernschilder für Fahrräder einzuführen, nicht zustimmen. In der Schulpolitik beschloss der BA, dass die FDP den von Bildungsminister Jürgen Zöllner erarbeiteten Vorschlag zur Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen in Berlin-Mitte ablehnt. und setzt sich dafür ein, den Schulen die Freiheit zu überlassen, über Fusionen selbst zu entscheiden. Ein programmatisches Feuerwerk brannten dann die JuLis ab. Philipp Ehmann begründete unermüdlich und erfolgreich Anträge für eine 0-Promille-Grenze beim Autofahren, gegen Parkraumbewirtschaftung, für ein Tempelhof-Nachnutzungskonzept, und für ein am Informations- und Integrationsauftrag orientiertes öffentlich-rechtliche Rundfunkangebot, das allerdings auf „Radio Multikulti“ verzichten könne Die Forderung nach zusätzlichen Überprüfung der Verkehrssicherheit und Drosselung von Leichtkraftfahrzeugen scheiterte mit knapper Mehrheit, die Forderung nach der Einrichtung von Wirtschaftsförderungsbezirken per Landesgesetz wurde dem Antragsteller nahegelegt in den LFA Wirtschaft einzubringen.

Pflege kritisch beleuchtet

Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt

Die FDP Gendarmenmarkt veranstaltete Mitte November eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion zu den Inhalten und Auswirkungen der neuen Pflegeversicherung. Mit Heinz Lanfermann MdB, pflegepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion und Rainer-Michael Lehmann, sozialpolitischer Sprecher der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, standen zwei Experten Rede und Antwort. Erfreut waren die Veranstalter von der Teilnahme der vielen FDP-fernen Vertreter aus Interessenverbänden, Beratungseinrichtungen und Berliner Pflegeeinrichtungen.

Knapp drei Wochen später, am 9.12., trafen sich Freunde und Mitglieder des Ortsverbandes zum traditionellen weihnachtlichen Gänseessen. Unter den über 40 Gästen wurden neben Mitstreitern anderer Ortsverbände auch politische Weggefährten wie Dr. Wolfgang Huschke von der Interessenvertretung Leipziger Straße gesichtet. Spendabel zeigte sich aus der Ferne Thomas Waterstradt. Das beruflich in Frankfurt weilende Vorstandsmitglied spendete zur Begrüßung ein Glas Prosecco.

Change or no change - that's the question

Katja v. Maur vom OV Tiergarten

Die künftige Führungsrolle der USA nach der vielfach als historisch angesehen Wahl von Barack Obama war Thema beim Novemberbrunch des OV Tiergarten, Mittlerweile sind erste Personalentscheidungen für die neue Administration gefallen, die Hinweise auf die innen- und außenpolitische Ausrichtung des künftigen Präsidenten geben. Experten waren USA-Fachmann Dr. Marcus Pindur, Korrespondent bei Deutschlandradio, der sich durch seine Berichterstattung vom Wahlkampf live vor Ort ein Bild machen konnte, und Donald Tuckwiller, der als Mitglied der Democrats Abroad hier aktiv Wahlkampf führte. Während Pindur gravierende Veränderungen in der amerikanischen Außenpolitik für unwahrscheinlich hält und eher eine Veränderung unserer Wahrnehmung prognostizierte, hat Tuckwiller zwar eine andere Erwartungshaltung, räumte aber durchaus ein, dass Obama seit Juni von seiner eigentlichen Startposition einen deutlichen Schwenk Richtung Mitte gemacht hat. Beide erwarten außenpolitisch aber eine deutliche Verlagerung der Schwerpunkte - Truppenverlegung vom Irak nach Afghanistan - und innenpolitisch die Aufarbeitung der Rechtsstaatsdefizite sowie erhebliche Investitionen zur Abwendung der Rezession und zur Stärkung der Konjunktur. Anders als das ohnehin keynsianisch geprägte Deutschland könnten die USA Milliardeninvestitionen schneller ausgleichen.

Weihnachtliche Muschibar

Silke Adam und Helmut Abrell vom OV OT

Jüngst war Alexander Alvaro bei uns zu Besuch. Höchst interessiert zugehört haben ihm gut zwanzig Gäste. Das Mitglied des Europäischen Parlaments hat uns eindrucksvoll seine Tätigkei-

ten in Straßburg und Brüssel geschildert. Alvaros Ausführungen zu Entscheidungsprozessen bei Gesetzesinitiativen – er ist Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie für Industrie, Forschung und Energie – waren sehr spannend. Je nach strategischer oder inhaltlicher Ausrichtung fallen die Allianzen zwischen den Mitgliedern der EP-Fraktionen nämlich immer wieder anders aus.

Vorweihnachtliche Stimmung – ohne Oratorium, Lebkuchen, Glühwein, Lametta. In der „Muschibar“ im Kiez des Ortsverbandes Oranienburger Tor, in Berlins liberaler, kreativer, und kraftvoller Mitte, mit Mitgliedern, Freunden und Sympathisanten, in einer ungewöhnlichen Atmosphäre, den libertär-anarchistischen Witz dieser location mit allen Poren aufnehmend und wiedergebend. Unter Uschi Obermaier's Brüsten und dem Bild eines dämonischen Rudi Dutschke. Ledermöbel und Teppiche verschlissen. Verpflegung delikat al gusto italiano aus der Salumeria. Dies alles, mit Getränken, als freundschaftliche Geste für die Gäste des Abends - bis kurz vor Mitternacht. Am Ende der Hinweis, dass der OV OT beim Feiern das „common weal“ beim Feiern mit einbezogen hat und den nicht Anwesenden eine Freude verschaffte: den Obdachlosen. Im Rückblick auf ein Jahrzehnt Weihnachtsfeiern tatsächlich eine „neue Qualität“. Auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

magna cum laude

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Zunächst für die OV-Vorsitzende, Daniela Zehentner-Capell, die das Amt Anfang 2006 von Violetta Hartmann übernahm. In knapp 3 Jahren entwickelte sie – parallel zur Familiengründung! – einen gut aufgestellten, dynamischen und für (Neu-)Mitglieder attraktiven OV. Unter tatkräftiger Vorstandsmitwirkung (insbesondere zweier Schatzmeister) wurden Altlasten beseitigt, die Mitgliederdatei bereinigt sowie programmatische Arbeit ausgebaut und in die FDP-Ebenen eingebracht. Zur Vorstandssitzung am 1. Dez. erklärte sie nun, wegen Erreichens des selbstgesteckten Ziels, bei der Vorstandsneuwahl nicht mehr zu kandidieren. Für den Berichtszeitraum ebenfalls magna cum Laud(i)e(n) für den BVV-Bürgerdeputierten Joseph L., der sowohl einen wichtigen bildungspolitischen BA-Antrag erfolgreich auf den Weg brachte (Ablehnung von Zwangsschulfusionen), als auch am 30. Nov. mit einem Referat zum OV-Gebiet Jüdisches-Viertel/Spandauer Vorstadt die OV-Adventsfeier bereicherte.

Personalien

(au) Den Auftakt der Weihnachtsfeiern in Mitte machte der OV Wilhelmstadt, der wie gewohnt zum Brunch am ersten Advent lud. Programmpunkt der gemütlichen Veranstaltung war ein Vortrag von Vorstandsmitglied **Joseph Laudien** zu dem alten jüdischen Viertel, im Übrigen nutzte die Ortsvorsitzende **Daniela Zehentner** die Gelegenheit um kundzutun, dass sie nach drei Jahren des Schaffens im Amte für den künftigen Ortsvorstand aus privaten Gründen nicht mehr zur Verfügung steht. Der OV Oranienburger Tor bat dann in die „Muschibar“ (Torstraße), wo die Ortsvorsitzende **Frauke Sander** – mit ihrem partyorganisatorisch engagierten Stellvertreter **Helmut Abrell** – neben vielen Mitgliedern etwa die Berliner Spitzenkandidatin zur Europawahl **Alexandra Thein** und unseren Landesvorsitzenden **Markus Löning** MdB (beide aus Steglitz-Zehlendorf), Landesvorstandsmitglied **Katja v. Maur** (Tiergarten), unseren Bezirksvorsitzenden **Henner Schmidt** MdA (Gendarmenmarkt) oder aus dem Bezirksvorstand die stellv. Vorsitzenden **Maren Jasper** (OT) und **Piotr Pawlowski** (Tiergarten) sowie **Nils Augustin** (Wilhelmstadt) begrüßen konnte, ebenso wie ferner den Vorsitzenden OV Gendarmenmarkt, **Stefan Scholz**, OV-Wilhelmstadt-Schatzmeister **Burkhard Grell** oder aus dem OV Tiergarten BA-Mitte-Sprecher **Kurt Lehner** und den aus den USA zurückgekehrten **Tim Stuchtey**. Herausragend lecker war das Tiramisu. Wie gewohnt zum Gänseessen im „Oléo Pazzo“ lud der OV Gendarmenmarkt, wobei der Ortsvorsitzende **Stefan Scholz** auf der gut besuchten Veranstaltung in einer Ansprache auf ein Jahr voller Aktivität zurückblickte. Unter den Gästen sei neben verbandseigener Prominenz wie **Irmgard Schwaetzer** und unserem Bezirksvorsitzenden Henner Schmidt MdA etwa aus dem Bezirksverband Piotr Pawlowski, Katja v. Maur und Nils Augustin genannt, oder die Lichtenberger BBV-Verordnete und BA-Sprecherin **Beate Schütz**. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Gendarmenmärkter OV-Schatzmeister **David Issmer**, der als aussichtsreicher Kandidat für den künftigen Vorsitz der Berliner Jungen Liberalen gilt. Auf der gewohnt familiären Weihnachtsfeier des OV Wedding im „Opatija-Grill“ fanden sich auf Einladung der Ortsvorsitzenden **Bettina v. Seyfried** neben vielen aktivitätshungrigen Neumitgliedern als Gäste des OV unsere Europakandidatin Alexandra Thein, Irmgard Schwaetzer, **Helmut Königshaus** MdB (Treptow-Köpenick), Katja v. Maur, Nils Augustin, Stefan Scholz und **Philipp Ehmman** (Tiergarten) ein.

(au) Mit den StipendiatInnen der Friedrich-Naumann-Stiftung lud der OV Charlottenburg-City zu Führung und Klavierkonzert im Haus am Gendarmenmarkt – wobei der Ortsverband mit **Boris Cepeda** den Konzertpianisten aus seiner Mitgliedschaft stellte. Das Foto zeigt den Orts-



vorsitzenden **Mischa Hecker** (mitte) mit der Berliner Spitzenkandidatin zu der Europawahl **Alexandra Thein** (Steglitz-Zehlendorf) und OV-Schatzmeister **Jürg Schacher**.

(au) Nicht weniger als eine volle Seite waren dem Berliner „Tagesspiegel“ am 24.11. Biografie und Tätigkeit von **Werner Hasepass** (Wilhelmstadt) wert, welcher ehrenamtlich die Abteilung der Sportakrobaten bei der Turngemeinde in Berlin leitet. Hasepass, ausgebildeter Artist und später nach einem Unfall als Clown in Staatszirkus der DDR tätig, kam Ende der Siebziger Jahre zur Sportakrobatik und war insbesondere von der hautnahen Teamarbeit begeistert: „Hier müssen zwei Menschen zusammen funktionieren wie ein Nervensystem.“

(au) **Thomas Seerig**, langjähriger Vorsitzender des OV Steglitz sowie des Landesfachausschusses für Soziales, Familie, Jugend und des Landesarbeitskreises Grundsatz- und Perspektivfragen konnte in seiner Eigenschaft als Vorstandsvorsitzender des Deutschen Jugendherbergswerk Berlin-Brandenburg Bekannte begrüßen: Unser Landesvorsitzender **Markus Löning** (Steglitz-Zehlendorf) besuchte als Bundestagsabgeordneter die Jugendherberge am Wannsee, mit ihm **Jan Ziegenhagen**, FDP-Sprecher für Wirtschaft und Verkehr in der BVV Steglitz-Zehlendorf – und Seerigs Stellvertreter im OV Steglitz und im LAK Grundsatz- und Perspektivfragen.

(au) Erfreuliche Bestätigung ihrer Arbeit fanden der Landesvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppe Berlin-Brandenburg, **David Bordiehn** (OT), und der Vorsitzende der LHG an der FU, **Phil Karstaedt**, als sie nach der Verteilung des liberalen Erstsemester-Infos an der FU eine Rast im „Roten Café“ der linken Hochburg einlegten. Zwei Funktionärinnen des sozialistischen Studentengeschehens setzten sich an den Nebentisch und beklagten den großen Erfolg des liberalen Flyers bei den „Erstis“, bevor eine zugab, das Faltblatt wegen seines vorzüglichen Informationsgehaltes privat selbst nutzen zu wollen.

Leserbriefe

Claudia Bandow (OV Wedding)

Schon wieder ein Jugendlicher, der alkoholisiert aufgegriffen wurde, dieses Mal mit 6,2 Promille im Blut. Die Ärzte mussten diesem Jugendlichen weiterhin Alkohol einflößen, um ihn am Leben zu erhalten! Kein Einzelfall in unserer heutigen Zeit und deshalb absolut besorgniserregend. Was läuft hier schief? Ist es das Elternhaus (gewisses Vorleben des Alkoholkonsums) oder fehlen entsprechende Aufklärungskampagnen in den Schulen (Wertevermittlung)? Oder ist es der Zeitgeist (Ellenbogengesellschaft beginnend in den Schulklassen), die angeblich fehlenden Zukunftsperspektiven aufgrund schlechter schulischer Voraussetzungen und eine gewisse „Alles egal“-Haltung? Hier gilt es anzusetzen und zwar auf mehreren Ebenen und vor allem im Elternhaus! Die Eltern müssen mehr in die Verantwortung genommen werden und z.B. mit Hilfe von Sozialarbeitern, die gezielt bei Vorkommnissen ins Haus gehen, um gemeinsame Lösungsansätze in Gesprächen aufzuzeigen! Auch in den Schulen sollte mehr Augenmerk auf auffällige Schüler gelegt werden, um von dort aus schon vorzugreifen. Unsere Gesellschaft benötigt einen Wandel hin zu mehr Verantwortung für die, die Vorbilder und Anleitung benötigen um im Leben bestehen zu können.

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen.

Schlusswort

Die Gretchenfrage...

von Katja v. Maur

an Goethes Faust lautet „Nun sag’, wie hast du’s mit der Religion?“ Und wie gehen wir (Berliner) Liberalen mit der Frage um, die veranlasst durch die Bürgerinitiative „pro Reli“ im Mittelpunkt so mancher vorweihnachtlichen hochemotional geführten Diskussion stand?

Was will die Initiative erreichen? Die Freiheit und die Chance, dass unsere Kinder künftig zwischen dem Fach Ethik und konfessionellem Religionsunterricht wählen dürfen. In der derzeitigen Situation mit Ethik als Pflichtfach wählt fast niemand zusätzlich den Religionsunterricht. Wahlfreiheit ist ein eherner liberaler Grundsatz. Also wäre das Anliegen der Bürgerinitiative aus liberaler Sicht zu unterstützen.

In einigen Diskussionsrunden wurde die Unterstützung mit dem Argument nach einer strikten Trennung von Staat und Kirche abgelehnt. Hier ist allerdings Vorsicht geboten. Denn was würde dieses Argument bedeuten, wenn man es konsequent zu Ende dächte? Ein Verbot des konfessionellen Religionsunterrichts? Das kann doch niemand ernsthaft wollen.

Die Frage ist doch, welche Inhalte durch wen vermittelt werden. Ich wünsche mir, dass unsere kulturellen Wurzeln und Werte und das wertvolle Hintergrundwissen und Verständnis für Musik, Literatur und Kunstgeschichte erhalten bleiben und weitergegeben werden.

Liberaler Unternehmer in Mitte: **Anneliese Reeckmann** (OV Tiergarten)



Anneliese Reeckmann hat im Jahre 1995 die in Berlin-Tiergarten ansässige Anwaltskanzlei Reeckmann zunächst als Einzelkanzlei gegründet und später als Partnerin zur Sozietät ausgebaut, die neben dem Zivilrecht auch das öffentliche Recht betreut. Ihr Weg zur anwaltlichen Selbständigkeit führte unter anderem über eine mehrjährige Schulausbildung in den Vereinigten Staaten von Amerika, das juristische Studium in Berlin sowie berufliche Tätigkeiten als Referentin für Arbeitsrecht bei der ehemaligen U.S.-Mission in Berlin und als Justitiarin eines Sanierungsträgers. Aus der letzteren Tätigkeit resultiert ihr besonderes Interesse für das Baurecht und seine wirtschaftlichen Zusammenhänge. Tätigkeitsschwerpunkt der anwaltlichen Tätigkeit ist seit der Kanzleigründung daher das gesamte Recht „rund um die Immobilie“, das von einem Übermaß an staatlicher Regulierung geprägt ist. Seit Sommer 2008 ist sie in der FDP aktiv; ihr Interesse gilt neben der Arbeit im Ortsverband der internationalen Politik. Kontakt: www.reeckmann.de

Termine

Dezember 2008

19.12 19.00h JuLis Berlin: **Weihnachtsfeier** im Restaurant Sempre (Altonaer Str. 20, 10557)

Januar 2009

10.01 JuLis Berlin: **Landeskongress** – Vorstandswahlen und Antragsberatung – Info unter www.julis-berlin.de

13.01 20.00h JuLis Mitte: **Jahreshauptversammlung** – mit Vorstands- und Delegiertenwahlen u.a. – im Neues Stadthaus, Raum 125 (Parochialstr. 1)

14.01 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Arema (Birkenstr. 30)

17.01 Bundesverband: **Europaparteitag** im Estrel Convention Center, Berlin – Information unter www.fdp-bundespartei.de

21.01 17.00h FNSt: **2. Freiheitskongress** – mit Dr. Klaus Schroeder, Dr. h.c. Joachim Gauck, Dr. h.c. Reiner Kunze, Uwe Barth MdB u.a. – im Admiralspalast (Friedrichstr. 101)

21.01 OV Tiergarten: **Jahreshauptversammlung** – mit Vorstands- und Delegiertenwahlen u.a. – Info unter www.fdp-tiergarten.de

25.01 11.30h OV Tiergarten: **Neujahrsempfang** im Cafe immerhin (Krefelder Str.)

26.01 19.00h OV Wilhelmstadt: **Jahreshauptversammlung** – mit Vorstands- und Delegiertenwahlen u.a. – im Habel Weinkultur (Luisenstr. 19)

29.01 19.30h OV OT: **Jahreshauptversammlung** – mit Vorstands- und Delegiertenwahlen u.a. – im cum laude (Universitätsstr. 4)

Februar 2009

03.02 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Jahreshauptversammlung** – mit Vorstands- und Delegiertenwahlen u.a. – im Löwenbräu (Leipziger Str. 65)

14.02 12.00h BV Mitte: **Mitgliederversammlung des Bezirks** (Mitglieder mit Domizil in Mitte) zur Wahl des Wahlkreis Kandidaten und der Delegierten für die Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl – im Neuen Stadthaus, BVV-Saal (Parochialstr. 1)

Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de

Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de

Alle Veranstaltungen und Sitzungen sind, soweit hier genannt, öffentlich.

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.